

Medienkonferenz
Liestal, 25. April 2024

FÜR EINE SICHERE, SAUBERE UND UNABHÄNGIGE ENERGIEVERSORGUNG – JA ZUM BASELBIETER ENERGIEGESETZ

Das Komitee für ein Ja zum Baselbieter Energiegesetz ist breit. Eine grosse Mehrheit der Parteien, namhafte zivilgesellschaftliche Organisationen und Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft engagieren sich für ein JA zum Energiegesetz am 9. Juni. Das Baselbieter Energiegesetz schafft wirksame Anreize, erreichbare Ziele und verlässliche Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Energieversorgung.

Am 9. Juni kommt das Baselbieter Energiegesetz zur Abstimmung. Die Mitte, FDP, glp, EVP, Grüne und SP sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft stehen mit Überzeugung hinter dem Energiegesetz. Das überparteilich, zivilgesellschaftlich und wirtschaftlich verankerte Komitee lanciert an seiner heutigen Medienkonferenz die Ja-Kampagne: Sicher, sauber und unabhängig soll die Energieversorgung der Zukunft in Baselland sein. Dafür braucht es ein JA zum Baselbieter Energiegesetz am 9. Juni.

Mit dem Energiegesetz wird die Grundlage für eine verlässliche und zukunftsgerichtete Energiepolitik geschaffen. Es setzt wichtige Rahmenbedingungen, um sich aus der Abhängigkeit von ausländischem Öl und Gas und den damit verbundenen Preisschwankungen lösen zu können. Durch die gestiegene Energieeffizienz wird der schädliche CO₂-Austoss reduziert, womit Baselland einen Beitrag für den Klimaschutz leistet. Die Investitionen, die das Gesetz auslöst, schaffen neue Arbeitsplätze im Kanton und stärken die Kaufkraft der Menschen.

Weitere Informationen auf: www.energiegesetz-bl.ch
Auskunft erteilen:

Simon Oberbeck, Fraktionspräsident Die Mitte, 079 757 46 74

Dominique Zbinden, Landrätin Grüne, 079 873 92 27

Andrea Heger, Landrätin EVP, 079 383 52 44

Ferdinand Pulver, Parteipräsident FDP und Gemeinderat Reinach, 079 423 59 19

Manuel Ballmer, Fraktionspräsident glp, 076 440 41 54

Urs Kaufmann, Landrat SP und Gemeinderat Frenkendorf, 079 421 59 32

Aeneas Wanner, CEO Renera Energy und Präsident aee beider Basel, 076 538 01 06

Elisabeth Augstburger, Vorstandsmitglied WWF Region Basel, 079 329 97 46

Thomas Hotz, Vorstandsmitglied Casafair Nordwestschweiz, 077 510 21 30



Redebeiträge Medienkonferenz – es gilt das gesprochene Wort
Liestal, 25. April 2024

Begrüssung und Moderation

Simon Oberbeck, Fraktionspräsident Die Mitte

Klare Ziele für eine zukunftsfähige Energieversorgung

Dominique Zbinden, Landrätin Grüne

Die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes umfasst im Wesentlichen zwei Elemente: Die Förderung von einheimischen, erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz. Beide Faktoren sind zentral, um die zukünftige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die im Gesetz geregelten Punkte sind in vielen anderen Kantonen schon längst Standard. Mit dieser Vorlage kann das Baselbiet nun endlich nachziehen. Es ist unumgänglich, dass wir unser Energiegesetz dem heutigen technologischen Fortschritt anpassen.

An dieser Stelle möchte ich auf drei wichtige Punkte des neuen Energiegesetzes eingehen:

- Zum einen soll der Gesamtenergieverbrauch, ausgenommen der Verkehr, bis 2030 zu 70% aus erneuerbaren Energien stammen. Damit leistet der Kanton Baselland einen wichtigen Beitrag an die Erreichung der Klimaziele.
- Um Energie zu sparen, soll bei Nichtwohnbauten zudem in regelmässigen Abständen eine Betriebsoptimierung der Kühl- und Heizanlagen durchgeführt werden.
- Ausserdem sollen Gemeinden, die über ein Gasverteilernetz verfügen, eine Energieplanung vorlegen, um zukünftig eine fossilfreie Energieversorgung sicherzustellen.

Wichtig zu erwähnen ist, dass der viel diskutierte Ersatz von fossilen Heizungen nicht im Energiegesetz geregelt ist. Er ist Teil des Dekrets, das vom Landrat mit grosser Mehrheit beschlossen wurde und unabhängig von dieser Volksabstimmung in Kraft treten wird. Die bisher verbauten fossilen Heizungen dürfen jedoch auch weiterhin bis zum Ende ihrer Lebensdauer im Einsatz bleiben.

Alles in allem ist das Gesetz ein stimmiger Kompromiss, deshalb wird es auch durch einen Grossteil der Parteien getragen. Die Änderungen sind zukunftsweisend und machen unseren Kanton bereit für die Herausforderungen, welche die Zukunft mit sich bringt. Die Energiewende und das Einsparen von Energie sind zwingend notwendig für die Versorgungssicherheit und das Erreichen der Klimaziele.

Mehr Unabhängigkeit von ausländischem Öl und Gas

Andrea Heger, Landrätin EVP

Die vergangenen Monate und Jahre haben eines deutlich vor Augen geführt: Die Schweiz muss ihr Risiko punkto Energieversorgung minimieren. Auch fürs beschauliche Baselbiet ist es essentiell, mehr Unabhängigkeit von ausländischer Energieversorgung, insbesondere von Öl und Gas, zu erlangen.

Die Heizölpreise haben im Zeitraum seit 2019 Preisschwankungen um mehr als das Doppelte mitgemacht, wie auf der Homepage von HEV Schweiz hinterlegten, statistischen Zahlen zu entnehmen ist. Beim Gas haben die Schwankungen gemäss der Graphik eines Energiedienstleisters seit dem Jahre 2000 zwischenzeitlich gar das Ausmass von bis zu einer Vervierfachung angenommen. Im Winter 2022/23 drohte aufgrund der Kulmination von Ereignissen – wie z.B. herrschender Trockenheit und dem Krieg in der Ukraine – gar das Risiko von Lieferunterbrüchen. Das Damoklesschwert der Energiemangellage war in aller Munde. Durch geopolitische Ereignisse ausgelöste Liefereinschränkungen treiben die Energiepreise immer wieder stark in die Höhe. Hauseigentümer- wie Mieterschaft, Bevölkerung und Wirtschaft, alle sind betroffen. Es besteht Handlungsbedarf.

Das geänderte Baselbieter Energiegesetz bietet wertvolle Hilfen für mehr Unabhängigkeit. Es stärkt das Prinzip «lieber Anreize statt Verbote» und knüpft an positive Erfahrungen mit dem «Baselbieter Energiegesetz» an. Ein Beispiel dafür ist der in §35 ergänzte Absatz 2. Er schafft die gesetzliche Grundlage für Förderbeiträge in den drei neuen Bereichen Anlagen zur Energiespeicherung, Massnahmen zur Förderung von emissionsarmen Kraftfahrzeugen und Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien.

Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsmarkt

Ferdinand Pulver, Parteipräsident FDP und Gemeinderat Reinach

Klimaschutz kann eine Chance sein – eine Chance für neue Arbeitsplätze und für Investitionen in erneuerbare Energien. Das Energiegesetz löst klimafreundliche Investitionen aus und davon profitiert die regionale Wirtschaft – zahlreiche KMUs im Kanton können von Bau- und Sanierungsaufträgen profitieren und so Facharbeits- und Ausbildungsplätze in der Region sichern.

Wenn wir jetzt nichts gegen den Klimawandel tun, kann es am Ende gemäss Berechnungen sechs Mal teurer werden. Bei der Einführung des Energiegesetzes sehe ich die Chance, Innovation fördern, den technischen Fortschritt zu beschleunigen und positive Beschäftigungseffekte zu erzielen, so können z.B. im Bau- und Installationsgewerbe zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das Gesetz löst Investitionen aus, das Geld bleibt in der Region, es werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, das Gesetz fördert Innovationen und beschleunigt den technischen Fortschritt.

Somit gibt es auch aus ökonomischer Sicht gute Gründe, das Energiegesetz anzunehmen.

Gebäudeautomatisierung und Betriebsoptimierung

Manuel Ballmer, Fraktionspräsident glp

Die klimaneutralste und kostengünstigste Energie ist die eingesparte bzw. nicht verbrauchte. Dies hat auch der Gesetzgeber erkannt und erweitert die Vorschriften bezüglich Gebäudeautomatisierung bei Neubauten. Das Potential, welches heutige intelligente Regelsysteme bieten, ist gross und wurde mehrfach auch in der Praxis bewiesen, deshalb sollen zukünftig Neubauten der Kategorie III-XII konsequent bereits von Beginn auf Gebäudeautomation zur Senkung des Energieverbrauchs setzen.

Ebenfalls wird zukünftig bei neuen und bestehenden Nichtwohnbauten mit grossem Stromverbrauch (zwischen 200 und 500 MWh) eine periodische Betriebsoptimierung inkl. Dokumentation zur Pflicht. Auch hier zeigt sich keine bahnbrechende Neuerung oder Neuland welches auf die Liegenschaftsbesitzer, Areal und Immobilienbetreiber zukommt. Bereits heute finden breitflächig solche Betriebsoptimierungen statt, nicht zuletzt aufgrund der heutigen Energiepreise mit noch grösserem ökonomischen Profit. Ein Ja zum Energiegesetz bringt mit den Artikeln 19a (Gebäudeautomatisierung) und 19b (Betriebsoptimierung) eine moderne und moderate Aktualisierung der Vorschriften bezüglich Energieeffizienz. Moderat im Sinne des zu erwartenden Aufwands für die Betroffenen, der Ausnahmeregelungen und der Zielgruppe der Gebäude bzw. Stromgrossverbraucher.

Zukunftsorientierte und nachhaltige Energieplanung in den Gemeinden

Urs Kaufmann, Landrat SP und Gemeinderat Frenkendorf

In den nächsten 25 Jahren müssen im Baselbiet je rund 20'000 Öl- und Gasfeuerungen auf erneuerbare Energieträger umgerüstet werden. Die Gemeinden haben dabei eine wichtige Aufgabe. Mit einer weitsichtigen Energieplanung müssen sie auf ihrem Gemeindegebiet die Verfügbarkeit von möglichen erneuerbaren Heizsystemen aufzeigen, damit die Hauseigentümer:innen und die Heizungsbranche die künftigen Möglichkeiten kennen.

Wichtig ist diese Planung vor allem bei leitungsgebundenen Energieträgern. Der Bau von Fernwärmeleitungen in Quartieren mit einer hohen Wärmedichte muss vorausschauend geplant und kommuniziert werden. Mit dem neuen §34a wird es für die Gemeinden in Zukunft möglich sein, mit Anbietern von erneuerbarer Fernwärme Konzessionsverträge abzuschliessen, wie dies heute bereits für die Strom- und Gasnetze der Fall ist. Mit diesen Konzessionsverträgen für thermische Netze kann der koordinierte Bau der Fernwärmeleitungen in den Gemeindestrassen sichergestellt werden.

Mit dem geänderten §4 sollen alle Gemeinden mit einem Gasverteilnetz verpflichtet werden, innert fünf Jahren eine aktuelle Energieplanung zu erstellen. Dabei sollen sie noch besser als bereits heute vom Kanton unterstützt werden. Im Sinne eines Kompromisses hat der Landrat diese Energieplanungspflicht nur für Gemeinden mit einem Gasverteilnetz beschlossen, da die schrittweise Stilllegung oder allfällige Umrüstung des Gasverteilnetzes dringend für die nächsten 25 Jahre geplant werden muss. Nur so kann vermieden werden, dass z.B. wegen wenigen verbleibenden

Gasheizungen in einer Strasse aus Sicherheitsgründen die Gasleitung ersetzt werden muss und sie dann aber nach wenigen Jahren nicht mehr benötigt wird.

Ein Ja zur Energiegesetz-Änderung stärkt die Rolle der Gemeinde bei der Energieplanung. Eine weitsichtige kommunale Energieplanung ist eine wichtige Grundlage für alle Hauseigentümer:innen beim Entscheid und der möglichst kostengünstigsten Umrüstung ihrer Heizungen auf erneuerbare Energien.

Klare Rahmenbedingungen für klimafreundliche Investitionen

Aeneas Wanner, CEO Renera Energy und Präsident aee beider Basel

Die Schweiz soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden und die Kernkraftwerke so lange betreiben, wie sie sicher sind - das hat das Stimmvolk mit um die 60% Ja-Stimmen beschlossen. Diese Entwicklung ist kein Einzelweg, sondern die ganze Welt arbeitet an der Energiewende weg von fossiler Energie hin zu einem nachhaltigen enkeltauglichen System. Renera entwickelt Projekte sowohl in der Schweiz und Europa für sauberen, erneuerbaren Strom, Gas und Wärme. In Europa gibt es grossmehrheitlich klare gesetzliche Rahmenbedingungen, weshalb Schweizer Investoren ihr Kapital zu 2/3 im Ausland investieren. Ich bringe Ihnen ein Beispiel: Der Grossteil der Investitionen für Stromproduktion wurde in Europa in Wind und Solar getätigt. Wieviele Windräder drehen in ähnlich grossen Österreich im Vergleich zur Schweiz?

Im Jahr 2023 betrug die Zahl der Windkraftanlagen in Österreich insgesamt 1.426. (Quelle Statista). Mit nur 37 Windenergieanlagen mit insgesamt 75 Megawatt Leistung ist die Schweiz das Windenergie-Schlusslicht der Region, aber auch Europas. Wir sprechen hier von einem Faktor 37. Wenn wir grosse Solarkraftwerke anschauen, sieht es nicht besser aus. Immerhin, bei Dachanlagen kommen wir sehr gut voran.

Die Investoren würden lieber in der Schweiz investieren, aber es fehlen die Rahmenbedingungen, v.a. dass diese Projekte bewilligt werden.

Mit dem Energiegesetz haben wir die Chance, dies zu ändern. Denn nur mit einem klaren gesetzlichen Rahmen werden langfristige Investitionen (wir reden hier oft von 25-50 Jahren) auch hier getätigt und nur damit wird die Schweiz ein sicheres Energiesystem zum Erhalt von unserem Wohlstand, Arbeitsplätze und Komfort erhalten.

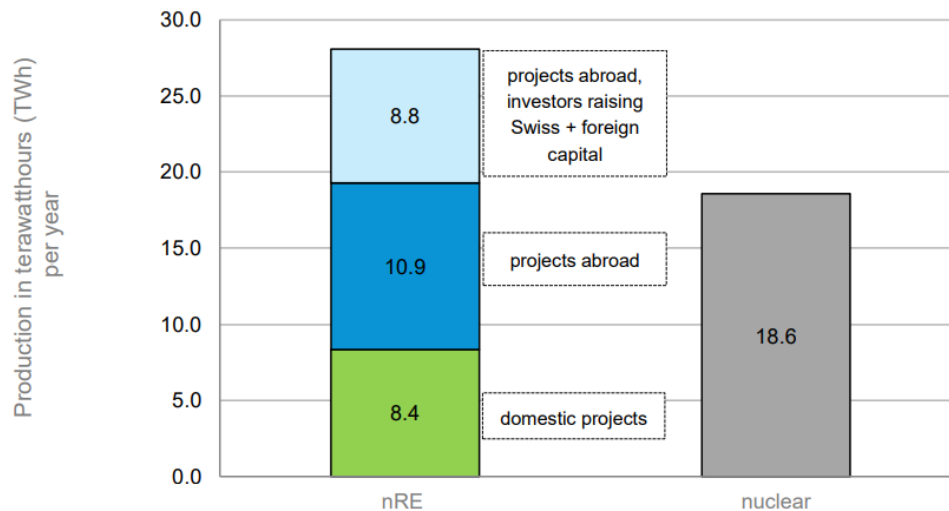


Figure 2: Swiss financed new renewable energy (nRE) vs. Swiss nuclear power: approximate production 2021 (nuclear) / built or financed production capacity 2021 (nRE) - includes domestic projects not yet in operation (see footnote 1) and some projects abroad that are currently under construction.

<https://renera.energy/wAssets/docs/news/2021-ezs-update-investitionen-erneuerbare-v1.2-2.pdf>

Gemeinsam eine lebenswerte Zukunft für die nachkommenden Generationen gestalten

Elisabeth Augstburger, Vorstandsmitglied WWF Region Basel

Der Klimawandel lässt Gletscher schmelzen, Meeresspiegel ansteigen, Meere übersäuern und er verursacht Hitze- und Dürreperioden. Ökosysteme verändern sich aufgrund der Erderwärmung so stark, dass die Folgen für Tiere, Pflanzen und Menschen nicht absehbar sind. Fossile Energieträger tragen zu massiver Luftverschmutzung und Zerstörung unserer Lebensgrundlage bei. Mensch, Tiere, Pflanzen und viele Ökosysteme sind existenziell bedroht. Durch das Baselbieter Energiegesetz können wir unseren Beitrag zur Förderung von erneuerbaren Energien und somit zum Klimaschutz leisten. Um ein lebenswertes Klima zu erhalten, ist es wichtig, in erneuerbare Energien zu investieren und nicht mehr in Fahrzeuge, Kraftwerke und Heizungen mit fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas.

Mit engagiertem und schnellem Handeln können wir das Ausmass und den Verlauf der Klimastörungen jedoch beeinflussen, das ist ein Hauptfokus der Naturverbände. Die Aufheizung des Klimas ist ein globales Problem. Es bedarf aber nicht nur weltweiter, sondern auch nationaler und lokaler Lösungen. Dafür braucht es die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Finanzmarkt und Konsumenten. Das Ziel der Naturverbände ist es, gemeinsam die Umwelt zu schützen und eine lebenswerte Zukunft für die nachkommenden Generationen zu gestalten.

Planungssicherheit für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer

Thomas Hotz, Vorstandsmitglied Casafair Nordwestschweiz

Casafair Nordwestschweiz vertritt die umweltbewussten und fairen Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer und unterstützt die Ziele des Energiegesetzes zur Reduktion des CO₂-Ausstosses, der Sicherstellung der Stromproduktion, sowie der Reduktion der Abhängigkeit vom Ausland. Die geplanten Massnahmen sind umsetzbar und wirtschaftlich trag- und finanzierbar. Verantwortungsvolle Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer planen in die Zukunft – auch finanziell. Energetische Sanierungen und zukunftsfähige Heizsysteme bringen eine unmittelbare Wertsteigerung ihrer Liegenschaften. Zudem schlägt der Umstieg auf Heizsysteme mit erneuerbarer Energie auch bei den Betriebskosten positiv zu Buche und die Mieterinnen und Mieter profitieren von tieferen Nebenkosten. Bei der Abstimmung am 9. Juni gehen somit Klimaschutz und Bezahlbarkeit von Wohnraum Hand in Hand.

*Casafair ist der Verband für umweltbewusste und faire Wohneigentümer*innen. Wir setzen uns für klimafreundliches Bauen, gesundes Wohnen, haushälterische Bodennutzung und faire Miet- und Nachbarschaftsverhältnisse ein.*

JA ZUM BASELBIETER ENERGIEGESETZ - ARGUMENTARIUM

1. Was will das Energiegesetz?

Am 9. Juni stimmen wir über eine längst fällige Ergänzung des Baselbieter Energiegesetzes ab. Damit schaffen wir die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. Wir definieren klare Ziele, lösen uns aus der Abhängigkeit von ausländischem Öl und Gas und schaffen Rahmenbedingungen für eine sichere, saubere und unabhängige Energieversorgung.

Das will das Energiegesetz:

- Netto Null bis 2050
- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf mindestens 70% bis 2030
- Beitrag zur Versorgungssicherheit durch Nutzung der einheimischen Potentiale der erneuerbaren Energien
- Zukunftsorientierte und nachhaltige Energieplanung in den Gemeinden
- Gebäudeautomationen und Betriebsoptimierung bei neuen Nicht-Wohnbauten (CH-weit für 1/3 des Energiebedarfs verantwortlich, energieeffizienter Betrieb unabdinglich, lohnen sich energetisch und finanziell)

2. Warum stimmen wir über das Energiegesetz ab?

Um die Ziele des Klimaschutzes zu erreichen und die Versorgungssicherheit zu verbessern braucht es verlässliche Randbedingungen. Diese werden mit der Gesetzesrevision festgelegt. Der Baselbieter Landrat hat an seiner Sitzung vom 19. Oktober 2023 die Revision des Energiegesetzes mit 54 zu 28 Stimmen angenommen. Die SVP hat das Gesetz im Landrat abgelehnt, weshalb es im Rahmen des obligatorischen Referendums zur Volksabstimmung kommt.

Die Revision trägt insbesondere dem technischen Fortschritt der letzten Jahren Rechnung. Regierung und Parlament schaffen mit der Anpassung des Energiegesetzes die Grundlage für eine verlässliche und zukunftsgerichtete Energiepolitik. Somit leistet der Kanton seinen Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung. Regierung, und Landrat beantragen den Stimmberechtigten, die Revision des Energiegesetzes anzunehmen. Der Verband der Baselbieter Gemeinden hat sich in der Vernehmlassung ebenfalls für das neue Gesetz ausgesprochen.¹

3. Unterstützung von Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaft

Abgesehen von der SVP unterstützen alle Parteien (SP, Grüne, EVP, GLP, Mitte und FDP) das angepasste Energiegesetz. Ausserdem unterstützen verschiedene Naturschutzverbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen das Gesetz. (WWF, VCS, ProNatura, Casafair) Unterstützende finden sich auch aus der Wirtschaft: aaesuisse, suissetec, Ökozentrum

¹ Der VBLG (Verband Basellandschaftlicher Gemeinden) hat sich in ihrer Stellungnahme zum Gesetz vom 4. April 2022 sehr positiv zum Energiegesetz geäußert. Die von den Gemeinden gewünschten Anpassungen wurden berücksichtigt und sind im vorliegenden Gesetz eingearbeitet.

4. Warum braucht es ein JA zum Energiegesetz?

Für saubere Energieversorgung

Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Zeit. Das grösste Potenzial für die Erreichung der Klimaziele liegt in der konsequenten Nutzung von erneuerbaren Energien. Das Energiegesetz unterstützt die Energieeffizienz der Gebäude und fördert klimafreundliche Innovationen. Damit reduzieren wir den schädlichen CO₂-Ausstoss im Baselbiet.

Für unabhängige Energieversorgung

Unsere Abhängigkeit von ausländischem Öl und Gas und die drastischen Preissteigerungen zeigen deutlich: Unsere Energieversorgung muss unabhängiger werden. Mit dem Ausbau und der Förderung der erneuerbaren Energien in Baselland schaffen wir das. So lösen wir uns aus der Abhängigkeit von ausländischem Öl und Gas.

Für sichere Energieversorgung

Der dringend notwendige Umstieg von einer fossilen Energieversorgung zu erneuerbaren Lösungen braucht klare Rahmenbedingungen. Das Gesetz schafft Planungssicherheit für Hauseigentümerinnen und -eigentümer sowie unsere Energieversorgungsunternehmen. Es löst Investitionen aus, von denen die regionale Wirtschaft profitiert und stärkt die kommunale Energieplanung. Mit dem Energiegesetz sorgen wir für eine sichere Energieversorgung und schaffen Arbeitsplätze.

**sicher, sauber
unabhängig**

J A

**zum Baselbieter
Energiegesetz**



FDP
Die Liberalen



GLP.

Die
Mitte



casafair

pro natura

